

# Berliner Tageblatt



Nr. 32

und Handels-Zeitung

Chef-Redaktion: Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Verhaftung deutscher Zechenbeamter durch die Franzosen.

Die Bergarbeiter erklären, unter Waffengewalt nicht weiterzuarbeiten. — Das Kohlenverbandbureau befehlt.

### Erklärung des Reichsministers des Neußern.

### Englische Stimmungen.

#### Die Politik des entschlossenen moralischen Widerstandes.

Reichsminister v. Rosenbergs über die Ausschließlichkeit des französischen Gewaltaktes.

T. W. Die französische Presse erzählt ihrem Publikum täglich, daß die deutsche Reichsregierung an ihrer Abwehrlöslichkeit nicht mehr abhold seihalte, zu zweifeln beginne und schwankend geworden sei. Der Zweck des Mandats, das gewöhnlich von den sogenannten Berliner Korrespondenten dieser Blätter durch lügenhafte Zelegramme unterfütet wird, ist natürlich vollkommen klar. Man beabsichtigt, das französische Volk für die Verbrechen der Reichsregierung zu gewinnen. Man verfuhr es also weiter zu täuschen, indem man verächtlich, die Reichsregierung sei hilflos, ratlos, nutzlos, ganz wie man es mit falschen Berichten aus dem Ruhrgebiete zu beruhigen versucht. Jeder, der die Dinge kennt und überflieht, weiß, was von der Behauptung, die Reichsregierung sei schwankend oder werde schwankend werden, zu halten ist. Da aber die öffentliche Meinung des Auslandes sich durch die herabwürdigenden Unwahrheiten der französischen Presse beeinflussen lassen könnte, habe ich den Reichsminister des Neußern v. Rosenbergs gebeten, die Tatsachen und den Standpunkt der Reichsregierung noch einmal in einer kurzen Erklärung zusammenzufassen, und Herr v. Rosenbergs hat mir folgendes erklärt:

Die Reichsregierung verharret unbeeinträchtigt auf der Linie, die der Reichsanstalt in seiner Rede vom 13. dieses Monats im Reichstag vorgezeichnet, und die der Reichstag gebilligt hat. Das ist die Linie des zwar nicht aggressiven, aber entschlossenen moralischen Widerstandes gegenüber einem Gewaltakt, der mitten im Frieden unsere Souveränrechte verleiht, der deutsches Gebiet unter fremde militärische Macht stellt, die deutsche Bevölkerung der schwersten Drangsal aussetzt und das deutsche Eigentum der Willkür ausliefert. Warum sollten wir und wie

könnten wir von dieser Linie abweichen? Wir waren von Anfang an davon überzeugt, daß das französische Unternehmen mit einem Mißerfolg für seine Urheber enden wird, und unsere bisherigen Beobachtungen sind nur dazu angetan, uns in dieser Ueberzeugung zu verstärken. Einer der Führer unserer Bergarbeiter, auf deren Haltung wir mit Stolz und Vertrauen blicken, hat den Franzosen erklärt, daß mit Bajonetten keine Kohlen zu fördern sind. Das ist praktisch der Kern der Situation. Wir sind gefestigt darauf, daß die verschiedensten Versuche erfolgen werden, um den Widerstand der Unternehmer und die ruhige Entschlossenheit der Arbeiter zu brechen. Das wird nicht gelingen. Die Franzosen werden versuchen, durch wechselnde Maßnahmen gewisse Mengen Kohle und Koks nach Frankreich und Belgien zu schaffen; aber selbst in dem für sie günstigsten Falle werden die so erzwungenen Lieferungen immer nur ein Bruchteil dessen sein, was die freiwillige deutsche Arbeit ihnen verschafft hat und weiter verschafft haben würde. Das kunstvolle System der Eisenbahnen im Ruhrgebiet und fremder Eand zu beherrschen und mit militärischem Zwang zu regulieren, ist kein geringes Unterfangen. Man droht mit der Beschlagnahme der Minen. Eine Kohlegrube ist ein unendlich feiner Mechanismus, dessen Produktivität mit der Freiwilligkeit der darin geleisteten Arbeit und der Sachkenntnis einer erfahrenen Leitung steht und fällt. Eine beschlagene Mine ist nichts als ein Loch oder eine Höhle im Erdboden. Wir sind uns vollkommen dessen bewußt, welche schweren Nöte der Bevölkerung im Ruhrgebiet, aber auch dem gesamten deutschen Volke aus dem Festhalten an der klaren Linie des Widerstandes erwachsen müssen. Aber Volk und Regierung sind auch sich darüber klar, daß ihnen keine Wahl bleibt. Wenn wir uns beugen, sind wir verloren. Bringen wir die sittliche Kraft auf, im Widerstand zu beharren, so kommen wir durch.

Es ist schwer, in der uns aufs höchste interessierenden Frage, wie sich die Stimmung in England zu den Ruhrvorgängen stellt, klar zu sehen. Vorkünftig läßt sich eine gewisse Verschiedenheit in der offiziellen Auffassung und in derjenigen innerhalb des großen Publikums feststellen, deren weitere Entwicklung abgewartet werden muß. Den offiziellen Standpunkt hat neulich der Unterstaatssekretär des Neußern Mac Neill in einer Rede kundgegeben, in der er sich scharf absprechend über Deutschland äußerte und an dem französischen Vorgehen — im Einklang mit Bonar Law's Rede — nur das auszusetzen hatte, daß ihm sicher der Effekt der Reparations-eintreibung verjagt bleiben werde. Das war aber eine stark diplomatisch-bureaucratische Behandlung der Angelegenheit, und von dieser Art die Erörterung in der Öffentlichkeit, in Zeitartikeln und Aufsätzen aus dem Publikum, die die englische Presse erfüllen, gewaltig ab. Es zeigt sich deutlich, daß selbst in konservativen Kreisen die Beurteilung der französischen Politik wegen ihrer Grundtendenzen, der Umstimmung des europäischen Gleichgewichts, weiterverbreitet und faum von der der unterschiedenen Liberalen und der Sozialisten verschieden ist. Die „Times“, die neulich in einem offiziellen Artikel geäußert hatte, daß trotz der unverföhnlichen Meinungsverschiedenheiten das herzliche Einvernehmen zwischen Frankreich und England nur noch herzlichlicher geworden sei, haben bald darauf Zuschriften gebracht, in denen festgelegt wurde, daß die öffentliche Meinung weit weniger freundschaftlich gegen Frankreich geneigt sei, als nach offiziellen Reden geschlossen werden könnte. Was die britische Öffentlichkeit angeht, so möchten die Franzosen wissen, daß die englische Neutralität keineswegs so „wohlwollend“ sei, als sie wohl glauben. Eine „Zuschrift einer bedeutenden Londoner Schiffahrtsgesellschaft an das „Berliner Tageblatt“ nimmt ausdrücklich zustimmend auf eines jener Schreiben Bezug und legt hinzu: „Ander offizielle Regierungspolitik der wohlwollenden Neutralität ist in den Augen vieler von uns eine hoffnungslos schwache Politik und nicht geeignet, das britische Ansehen auf dem Festlande aufrecht zu erhalten. Die Politik unserer Regierung, die nicht einmal formell gegen die Ruhrinvasion protestiert, ist beklagenswert schwach und bedeutet in Wirklichkeit die Zustimmung zu solcher Politik.“

Selbst in altangelegenen konservativen Wochenchriften wie „Spectator“ kommen Ansichten zum Ausdruck, daß die französische Politik direkt an das Leben der Entente cordiale greife, und daß erdrückt werden müsse, ob sie unter den gegenwärtigen Umständen noch fortbestehen könne. Die liberalen Organe gehen weiter und beantworten die so aufgeworfene Frage bereits auf das entschiedenste mit Nein. Von außerordentlichem Interesse ist in dieser Hinsicht ein Artikel in der letzten Nummer der führenden liberalen Zeitschrift „Nation“, der wegen ihres wachsenden Einflusses auf die intellektuellen Schichten Englands große Bedeutung zukommt. Die Hauptstellen dieses Artikels mögen aus diesem Grunde im Wortlaut wiedergegeben werden: „Wenn die Franzosen“, heißt es da, „eine Politik eingeleitet haben, die eine vollständige Neuverteilung des Gleichgewichts in Europa bedeutet, dann ist es nicht wahr, daß wir wie früher in herzlichem Einvernehmen weitergehen können. Es ist eine neue und sehr gefährliche Situation geschaffen, und die Regierung und das Land müssen ihr mit einer neuen Politik entgegenzutreten. Wenn wir resigniert die Hände falten, und die abgeklungenen Klischees von der Entente und den Gräbern in Frankreich und der „Uebereinstimmung über die Nichtverfeinerung“ nurnehmen, dann werden wir im Schlepptau der französischen Politik weiter gezogen werden, bis wir schließlich, ehe wir es wissen, unentrinnbar in ihren fatalen Verlauf verwickelt sind. Die öffentliche Meinung hierzu ist fast einmütig darin, daß die französische Strafexpedition nicht nur höher die wirtschaftliche Erholung Deutschlands und deshalb seine Zahlungsfähigkeit behindert, sondern daß sie ausserordentlich dazu beiträgt, die deutsche Industrie zu zerrüteln und so „Deutschland schwach zu erhalten“. Eine solche Politik ist den lebenswichtigen Interessen unseres Landes so feindlich, daß wir sie nicht ignorieren und uns nicht bei ihr beruhigen können. Wir müssen ihr aktiv entgegenzutreten. Wir können unsere Truppen nicht in Köln stehen lassen, ohne die Franzosen tatsächlich bei einer Politik zu unterstützen, die wir für eine zerstörende Politik willkürlicher Gewalt gegen Ruhrgebiet und Rheinland ansehen. Wir müssen daher die Bestimmungen des Versailles Vertrags, die von der Besetzung handeln, kündigen und unsere Truppen sofort von Köln zurückziehen. Herr Poincaré hat, soweit England in Betracht kommt, den Versailles Vertrag als ein Werkstück, Reparationen von Deutschland zu bekommen, zerlegt. Er kann nicht beides auf einmal haben. Er kann nicht den Vertrag unabhängig von uns und gegen unsere Wünsche und Interessen durchführen und gleichzeitig unsere Unterstützung fordern. Es ist zwecklos für uns, als vereinbarte und ständig überstimte Stimme in der Reparationskommission zu verbleiben, wenn wir wohl wissen, daß der französische Generalstab in Ruhrgebiet und Rheinland Schritte tut, die es jeder Kommission für immer unmöglich machen werden, Reparationen zu erlangen. Wir müssen uns sofort aus der Kommission zurückziehen und

## Beschlagnahme der staatlichen Bergwerke.

### Ein neuer französischer Rechtsbruch.

Konferenz der höheren deutschen Regierungsbeamten. (Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Essen, 19. Januar.

Heute vormittag sind die Franzosen zur Beschlagnahme der staatlichen Gruben im Ruhrgebiet geschritten. Es kommen dabei die Zechenanlagen in Gladbeck, Recklinghausen, Buer, die Gruben Köller, Rheinbaben, Bergmannsgrub u. a. in Frage. Sie enthalten im ganzen etwa 10 bis 12 Schachtanlagen und beschäftigten zurzeit an 50 000 Arbeiter. Infolge der kritischen Zuspitzung der Lage treten heute nachmittag die sämtlichen höheren Regierungsvertreter des Ruhrbezirks, vor allem der Regierungspräsident mit dem ganzen Stab der Landräte, zu einer Konferenz zusammen, um sich über die nächsten Schritte gegenüber der immer drückender werdenden Bergverwaltung des Ruhrbezirks durch die Franzosen klar zu werden. Nach Duisburg und Recklinghausen, wo sich die staatlichen Gruben befinden, sind heute weitere zwei französische Transportzüge abgegangen. Ein weiterer Zug ist noch angemeldet für Sterkrade, ferner ein Zug für Essen.

Essen, 19. Januar.

Die staatlichen Bergwerke sind heute militärisch besetzt worden. Der Vorsitzende der staatlichen Bergwerke, Direktor Scheimer Oberbergat Raiffeisen-Recklinghausen, ist verhaftet worden. Sein Aufenthalt ist bisher unbekannt. Ein französischer Oberst hat die Zechenanlagen der staatlichen Bergwerke abgesehen und Führung mit den Betriebsräten der einzelnen Anlagen genommen. Der Betriebsrat einer der Werksstätten hat erklärt, daß, wenn Gewalt angewendet werden würde, die Besatzung sofort in den Ausstand trete. Bei der Bergwerksinspektion Buer ist Direktor Scheimer Oberbergat Arens verhaftet worden, weil er bei den letzten Verhandlungen mit der Besatzungsbehörde erklärt hat, er würde wohl den Koks aus Halben stürzen, aber nicht zum Versand für die Entente bringen. Das Kohlenverbandbureau ist militärisch besetzt worden, und Oberbergat Dr. Reichardt von einer Staatsgehe ist der Aufenthaltsort beschränkt worden. Nach einer späte-

ren Meldung sind die verhafteten Herren nach Duisburg geschickt worden, ohne das man bis zur Stunde ihre näheren Adressen kennt. Der Gesamtbetriebsrat der Staatszechenanlage bei Schlinghausen hat erklärt, unter Waffengewalt nicht weiterzuarbeiten.

### Beschlagnahme der Reichsbantgelder im Rheinland.

Zahlungsverbot der Rheinlandskommission.

In Mainz, Wiesbaden, Worms, Bingen und Bonn sind auf Anweisung der internationalen Rheinlandskommission die Bestände der dortigen Reichsbankstellen beschlaggenommen und Zahlungen verboten worden. Nach einer weiteren Meldung ist später die allgemeine Beschlagnahme aufgehoben worden, dagegen die Beschlagnahme der Post- und Finanzämter aufrechterhalten und außerdem die Auszahlung von Aktien verboten worden.

### Die Düsseldorf Banker schließen.

Als Protest gegen die Uebergriffe der Franzosen. (Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Düsseldorf, 19. Januar.

Die Besatzungsbehörde geht hier weiter rücksichtslos vor. So wurde heute hier ein Automobil der Deutschen Bank, in dem sich 150 Millionen Mark befanden, die gerade von der Reichsbank geholt worden waren, von den Franzosen beschlaggenommen. Die Reichsbank wurde kurz darauf von den Besatzungsbehörden gesperrt und vor den Türen Posten mit aufgestellten Seiten-gewehr aufgestellt. Daraufhin haben sämtliche Banken ihren Betrieb eingestellt, so daß keine Auszahlungen mehr erfolgen. Vor den Bankgebäuden drängt sich naturgemäß eine zahlreiche Menschenmenge, die ihre Deposits heraushaben will; es herrscht eine Panikstimmung. Der Leiter einer der größten Banken sagte mir, daß dieser Zustand nicht lange andauern könne, denn er würde katastrophale Folgen zeitigen. Es handelt sich um einsehend um den übereiligen Eingriff eines Generals.









